

## AfD II Schweizer Arbeit am „Extrablatt“

Auf der Suche nach den anonymen Finanziers der Werbekampagnen zugunsten der AfD führt eine weitere Spur in die Schweiz: Auch die Gratiszeitung „Extrablatt“ wurde offenbar von der PR-Firma Goal AG im Kanton Zürich gestaltet. Die Zeitung wurde vor den Landtagswahlen an

Hunderttausende Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin verteilt. Die PR-Firma hatte laut Insidern mehrere Fotos gekauft, die in den „Extrablättern“ verwendet wurden. Herausgegeben wird die Zeitung von einem „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“. Er hetzt darin gegen Migranten und ruft zur Wahl der AfD auf. Zuletzt war bekannt gewor-

den, dass die Goal AG die Plakatkampagnen des Vereins zugunsten der AfD betrieben hat (SPIEGEL 37/2016). Wer die Hilfe für die Rechtspopulisten finanziert, ist unklar. Die AfD behauptet, nichts damit zu tun zu haben. Alexander Segert, Chef der Goal AG, wollte sich nicht äußern.

Das Finanzgebaren des ominösen Vereins wirft weitere Fragen auf. So wird in den „Extrablättern“ direkt neben

dem Aufruf „Jetzt AfD wählen“ um Spenden geworben. „Sobald Ihre Spende bei uns eingetroffen ist“, so ist dort zu lesen, „erhalten Sie eine Bestätigung für Ihre Steuererklärung.“ Dabei ist die Organisation bislang kein Verein, der Spendenbescheinigungen ausstellen könnte. Eine Sprecherin erklärte dazu: „Dieser Satz wurde verfrüht abgedruckt.“ Ein Verein befindet sich in der Gründung. sve, srö

## IS-Verdacht „Hallo“, sonst nichts

Die mutmaßlichen Kämpfer des „Islamischen Staates“ (IS), die in Schleswig-Holstein festgenommen wurden, haben nach Auffassung der Ermittler monatelang großen Aufwand betrieben, um unentdeckt zu bleiben. Die drei Männer kommunizierten nach ersten Ermittlungsergebnissen über die Messengerdienste Telegram, Viber und Skype, die wegen ihrer Verschlüsselung von den deutschen Behörden schwer zu überwachen sind. Zudem wechselten sie offenbar mehrmals die Sim-Karten ihrer Telefone. In einem Fall mietete einer der Männer eine temporäre Telefonnummer im Internet, über die eine Verbindung zu einer „relevanten Person“ in Rakka, der IS-Hochburg in Syrien, zustande gekommen sein soll. Bis auf das Wort „Hallo“ wurde allerdings nichts gesagt. US-Dienste waren an der Überwachung der drei Verdächtigen maßgeblich beteiligt.

Ibrahim M., Mohamed A. und Mahir Al-H. waren aus Syrien nach Griechenland gekommen. Sie wurden am 13. November 2015 auf Lesbos als Flüchtlinge registriert – dem Tag, an dem IS-Terroristen in Paris 130 Menschen töteten. Anschließend reisten sie nach Deutschland. Noch im November wurde einer von ihnen im bayerischen Erding registriert, die Behörden vermuten, dass sich zu diesem Zeitpunkt auch die beiden anderen dort aufhielten. Alle drei wurden schließlich am 7. Dezember im schleswig-holsteinischen Boostedt erkennungsdienstlich behandelt. Danach wurden sie als potenzielle Gefährder überwacht. Die Behörden sorgten dafür, dass sie in räumlicher Nähe zueinander untergebracht wurden, um sie besser beobachten zu können. Die Asylanträge der drei wurden bewusst nicht entschieden, um weiteres Beweismaterial sammeln zu können. Die Ausbeute nach rund neunmonatiger Observation war jedoch gering. jös, kno



Mutmaßlicher IS-Kämpfer, Sicherheitskräfte in Karlsruhe

RALPH ORLOWSKI / REUTERS

## Verkehr Maut nicht vor 2020

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) geht offenbar nicht mehr davon aus, dass sein Prestigeprojekt einer Pkw-Maut für Ausländer noch vor der Bundestagswahl im Herbst 2017 umgesetzt wird. In einem Regierungsvermerk heißt es, die Einführung der sogenannten Infrastrukturabgabe sei „auf unbestimmte Zeit verschoben“. Daher sei sie „nicht etatisiert“. Wie aus einer internen Übersicht zum Bundesverkehrswegeplan 2030 hervorgeht, rechnet Dobrindt nicht mit einem Start vor 2020. Der Minister hatte sein Vorhaben vorerst gestoppt, nachdem die EU-Kommission 2015 ein Vertragsverletzungsverfahren angekündigt hatte. Nach Dobrindts Plänen sollen

unter dem Strich nur Ausländer zusätzlich belastet werden, was nach EU-Recht unzulässig ist. Das Ministerium teilte mit, es sei nicht klar, ab wann die Einnahmen eingeplant werden könnten, da das Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof noch ausstehe. Mit einem Urteil ist nicht vor der Wahl zu rechnen. „Deutschland erwartet eine zügige Entscheidung, damit die Infrastrukturabgabe anschließend technisch umgesetzt werden kann“, heißt es aus dem Ministerium. böI, rei



Dobrindt

IPON / IMAGO

## Max-Planck-Institut Chefarzt berechnet 7,5-fachen Satz

Privatpatienten der Münchner Klinik für Psychiatrie des renommierten Max-Planck-Instituts müssen besonders viel zahlen, wenn sie vom Chefarzt untersucht und therapiert werden wollen: Er fordert den 7,5-fachen Satz der Gebührenordnung. So steht es in einem Musterformular für eine „Abweichende Honorarvereinbarung“ mit Martin E. Keck, seit Juli 2014 Direktor und Chefarzt. Das Institut erklärt, die Vereinbarung sei nur

für ausländische Patienten gedacht, die allesamt Selbstzahler seien; bei ihnen sei ein großer Kommunikationsaufwand erforderlich. Das Formular, auf Deutsch abgefasst, enthält den Hinweis, eine Erstattung durch eine Beihilfestelle sei möglicherweise nicht gewährleistet, was eher für deutsche Patienten relevant sein dürfte. Laut der Muster-Berufsordnung für Ärzte soll eine Honorarforderung „angemessen“ sein. Die Klinik bezeichnet sich auf der Website als „dem Gemeinwohl verpflichtet und nicht renditeorientiert“. cnm